

C 1
Stadtarchiv Wiesbaden

NASSAUISCHE ANNALEN

JAHRBUCH DES VEREINS FÜR NASSAUISCHE
ALBERTUMSKUNDE UND GESCHICHTSFORSCHUNG

BAND 99

1988

MIT 52 ABBILDUNGEN

SCHRIFTLÉITUNG: Dr. HANS-JOACHIM HÄBEL, WIESBADEN

WIESBADEN

VERLAG DES VEREINS FÜR NASSAUISCHE ALBERTUMSKUNDE UND GESCHICHTSFORSCHUNG

1988

Zum Widerstand der Freien Arbeiter-Union Deutschlands gegen den Nationalsozialismus

Ihr konspiratives Verbindungsnetz in Hessen und im Raum Mannheim/Ludwigshafen

Von Axel Ulrich

Ähnlich wie in anderen Regionen des Deutschen Reiches, in denen der Anarcho-Syndikalismus während der Weimarer Republik – bei dann allerdings kontinuierlich sinkendem Masseneinfluß – bis in die Endphase legaler politischer Betätigung traditionell aktiv war, so u. a. in Berlin, Mittel- und Westdeutschland¹, versuchten auch in mehreren Städten Hessens und im Raum Mannheim/Ludwigshafen Angehörige der Freien Arbeiter-Union Deutschlands (Anarcho-Syndikalisten), FAUD, in den ersten Jahren der faschistischen Diktatur durch die Knüpfung eines lockeren konspirativen Kontaktnetzes ihren organisatorischen und ideologischen Zusammenhalt während der Illegalität aufrechtzuerhalten.

Die FAUD, die eigenen Angaben zufolge bei ihrer Konstituierung im Jahre 1919 ca. 110 000 Mitglieder vereinigte², dann zeitweise ihren Einfluß auf bis zu 300 000 Mitglieder und Sympathisanten ausdehnen konnte³, war *auf lokaler Ebene nach Berufszweigen organisiert (Industrieföderationen), die sich auf der horizontalen Ebene zu Arbeiterbörsen vereinigten. Die Geschäftscommission in Berlin und die Zeitschrift ‚Der Syndikalist‘ (ab 1932 ‚Arbeiter-Echo‘) waren die wichtigsten überregionalen Organe*⁴. Im Anschluß an die temporäre sozioökonomische Stabilisationsphase Mitte der 20er Jahre verlor die FAUD immer mehr an Bedeutung, so daß sie gegen Ende der Weimarer Republik schätzungsweise nur noch zwischen 6 000 und 10 000 Mitglieder zählte⁵.

Ihrem Selbstverständnis nach war die FAUD *keine politische Partei. Gegen die Parteien organisiert und erfaßt sie die Arbeiter in ihrer Eigenschaft als Produzenten. Durch den revolutionären Wirtschaftskampf kämpft sie auch gleichzeitig für politische Forderungen und Notwendigkeiten. Sie ist wirtschaftlich-politisch gegen den Staat, die Regierungen und*

¹ Vgl. Günther WEISENBORN: Der lautlose Aufstand. Bericht über die Widerstandsbewegung des deutschen Volkes 1933–1945. 4. verb. Aufl., Frankfurt/M. 1974, S. 185 f.

² Jan FOITZIK: Zwischen den Fronten. Zur Politik, Organisation und Funktion linker politischer Kleinorganisationen im Widerstand 1933 bis 1939/40 unter besonderer Berücksichtigung des Exils. Bonn 1986, S. 30.

³ Horst STOWASSER: Eine unbedeutende Sache, in: Horst SCHARNAGL (Hrsg.): Das hört nie auf. Lebensgeschichten vom Anfang des Faschismus bis heute. Frankfurt/M. 1983, hier: S. 79 – Vgl. auch: Was ist eigentlich Anarchie? Einführung in Theorie und Geschichte des Anarchismus bis 1945. Überarb. Ausg., Frankfurt/M. 1978, S. 161 f.

⁴ FOITZIK (wie Anm. 2) S. 30.

⁵ FOITZIK (wie Anm. 2) S. 30 f. – Zur Geschichte der FAUD während der Weimarer Republik vgl. auch: Hans Manfred BOCK: Syndikalismus und Linkskommunismus von 1918 bis 1923. Meisenheim am Glan 1969 (Marburger Abhandlungen zur Politischen Wissenschaft, Bd. 13). – Angela VOGEL: Der deutsche Anarcho-Syndikalismus. Genese und Theorie einer vergessenen Bewegung. Berlin 1977. – Jochen WEICHOLD: Linksradikalismus zwischen den beiden Weltkriegen, in: Zeitschrift für Geschichtswissenschaft, 33. Jg., 1983, H. 11, S. 999–1007. – Zur Geschichte des Syndikalismus vor dem 1. Weltkrieg vgl.: Dirk H. MÜLLER: Der Syndikalismus in der deutschen Gewerkschaftsbewegung vor 1914, in: Erich MATTHIAS, Klaus SCHÖNHOFEN (Hrsg.): Solidarität und Menschenwürde. Etappen der deutschen Gewerkschaftsgeschichte von den Anfängen bis zur Gegenwart. Bonn 1984, hier: S. 57–68.

Parteien eingestellt und darum wirklich revolutionär. Ihre organisatorische Grundlage könne daher nur ökonomisch bestimmt sein. Durch ihre Gliederung in Industrieföderationen und Arbeitsbörsen stelle sie die *Einheitsorganisation des Proletariats* dar. Im Gegensatz zu den bloßen Berufsorganisationen der Richtungsgewerkschaften würden ihre Industrieorganisationen realistisch an den modernen Konzentrations- und Zentralisationsprinzipien des Kapitalismus in Form der Kartelle und Trusts anknüpfen und diesem kapitalistischen Entwicklungsgrad adäquate Organisationsgruppierungen schaffen, durch welche die Möglichkeit bestünde, *den Kampf gegen den Kapitalismus erfolgreich zu führen*⁶.

In der von Rocker verfaßten „Prinzipienerklärung der Anarcho-Syndikalisten“, ihrer politischen Richtschnur während der gesamten Weimarer Zeit, wurden die Organisationsgrundsätze der FAUD folgendermaßen definiert: *An jedem Orte schließen sich die Arbeiter der revolutionären Gewerkschaft ihrer Industrien oder Berufe an, die keiner Zentrale unterstellt ist, ihre eigenen Gelder verwaltet und über vollständige Selbstbestimmung verfügt. Die Gewerkschaften der verschiedenen Industrien oder Berufe vereinigen sich an jedem Orte in der Arbeitsbörse, dem Mittelpunkt der lokalen gewerkschaftlichen Tätigkeit und der revolutionären Propaganda. Sämtliche Arbeitsbörsen des Landes vereinigen sich in der Allgemeinen Föderation der Arbeitsbörsen, um ihre Kräfte in allgemeinen Unternehmungen zusammenfassen zu können. Außerdem ist jede Gewerkschaft noch föderativ verbunden mit sämtlichen Gewerkschaften desselben Berufs im ganzen Lande und diese wiederum mit den verwandten Berufen, die sich zu großen allgemeinen Industrieverbänden zusammenschließen. Auf diese Weise bilden die Föderation der Arbeitsbörsen und die Föderation der Industrieverbände die beiden Pole, um die sich das ganze gewerkschaftliche Leben dreht.* Da aber der angestrebte sozialistische Aufbau der Gesellschaft auf keinen Fall durch politische Parteien, sondern nur durch die ökonomischen Kampforganisationen der Arbeiterschaft geleistet werden könne, würde die Gewerkschaft auch *keineswegs ein vorübergehendes Produkt der kapitalistischen Gesellschaft, sondern die Keimzelle der zukünftigen sozialistischen Wirtschaftsorganisation darstellen*⁷.

Zur Durchsetzung ihrer wirtschaftlich-politischen Ziele propagierten die Syndikalistischen direkte Aktionsformen wie Sabotage, Boykott, Streik und Fabriksbesetzung. Ihre Vorstellungen der künftigen Organisierung einer proletarischen Wirtschaft sahen u. a. die Überführung der Betriebe in Arbeiterselbstverwaltung und deren Föderierung untereinander durch lose Produktionsverbände vor. *Die Syndikalistischen haben dem Industrieprinzip der Gewerkschaftsorganisation, gegenüber dem Berufsprinzip, das zu außerordentlicher Zersplitterung der Fachverbände geführt hatte, zum Durchbruch verholfen. Hierdurch wurden die Gewerkschaften in die Lage versetzt, der wachsenden Koalition in der Industrie selbst entsprechende Gegenorganisationen zur Seite zu stellen. Industriegewerkschaft gegenüber Fachverband – das heißt zugleich: Massengewerkschaft gegenüber Facharbeitergewerkschaft. Insofern verfocht der Syndikalismus mit dem Industrieprinzip zugleich die Sache der Ungelernten gegenüber den häufig widerstrebenden Gewerkschaftsleitungen, welche die Arbeiterkoalition auf die höher Qualifizierten zu beschränken neigten*⁸. Ungeachtet der Tatsache, daß die Syndikalistischen ideengeschichtlich mit ihrer frühen Propagierung des Industrieverbandsprinzips zu den Vorläufern der heutigen Einheitsgewerkschaft zu zählen sind und sich darin ihre gewerkschaftshistorische Relevanz manifestiert, ist ihr organisationsgeschichtlicher Einfluß faktisch unbedeutend geblieben. Zu keinem Zeitpunkt gelang es ihnen, die von ihnen proklamierten, hochgesteckten pro-

⁶ Unser Weg, in: Freie Arbeiter-Union Deutschlands (Anarcho-Syndikalisten): Mit uns voran! Berlin o.J., S. 10f.

⁷ Prinzipienerklärung des Anarcho-Syndikalismus, in: ebenda, S. 17.

⁸ Werner HOFMANN: Ideengeschichte der sozialen Bewegung des 19. und 20. Jahrhunderts. 3. neubearb. u. erg. Aufl., unter Mitwirkung von Wolfgang ABENDROTH. Berlin 1970, S. 194.

grammatischen Zielvorstellungen in die Praxis umzusetzen. Dazu war ihre organisatorische Basis und ihr Einfluß auf die Arbeiterschaft insbesondere während der letzten Jahre der Weimarer Republik viel zu gering. Um so mehr muß dem Mut und dem Engagement Respekt gezollt werden, mit dem die Mitglieder dieser linken politischen Kleinorganisation⁹ dem Faschismus trotzdem entgegentraten.

Nachdem der Faschismus auch von den Syndikalisten im Hinblick auf seinen Charakter und die von ihm für die organisierte Arbeiterbewegung ausgehende Bedrohung zunächst als eine *Art politischer Futurismus, der nie imstande sein wird, Gleichgewicht und Stabilität zu gewinnen*, völlig fehlbeurteilt wurde¹⁰, änderte sich deren Einschätzung bald unter dem Eindruck der politischen Geschehnisse in Italien und Portugal. Man erkannte, daß der Faschismus, sitzt er erst einmal an den Hebeln der staatlichen Macht, nur sehr schwer würde von innen heraus zerschlagen werden können. Zudem wurde seitens der FAUD immer wieder warnend auf die Kriegsgefahr hingewiesen, die unweigerlich von einem faschistisch regierten Staatsapparat ausgehen würde, da die maßgeblichen Kreise in Großindustrie und Großgrundbesitz in der Aufrüstung eine vorzügliche Krisenlösungsstrategie erblicken würden. *Auf fast allen Kundgebungen und in der Presse der FAUD wurde die faschistische Gefahr beschworen*, gegen die man ausschließlich durch die Ausrufung des Generalstreiks in Deutschland würde adäquat vorgehen können¹¹. Im Oktober 1930 wies Augustin Souchy darauf hin, es komme darauf an, daß seitens der großen Arbeiterorganisationen dieser Generalstreik proklamiert werden müßte, um im gegebenen Augenblick gegenüber der faschistischen Gefahr erfolgreich sein zu können. Es sei schon viel gewonnen, wenn es der FAUD gelänge, den ADGB-Vorstand zumindest zu einem 24stündigen Proteststreik zu bewegen. Ein Versuch in dieser Richtung würde zumindest seitens der Syndikalisten unternommen werden, wenngleich Souchy auch dessen Erfolgchancen als minimal erachtete. Auf jeden Fall sei dies *die erste praktische Maßnahme, die gegen die faschistische Gefahr in Deutschland zu ergreifen wäre, ebe der Faschismus an der Macht ist, auf die dann andere Maßnahmen folgen müßten*. Mit Nachdruck wies Augustin Souchy darauf hin, daß die Syndikalisten sich unbedingt auf den Eventualfall der Etablierung eines faschistischen Herrschaftssystems vorbereiten müßten. Aus diesem Grund sei es erforderlich, daß die FAUD frühzeitig Maßnahmen ergreife, *um ihre Organisation trotz polizeilicher Auflösung erhalten zu können*¹².

Bereits 1929 hatte die FAUD versucht, der heraufziehenden faschistischen Gefahr mit der Bildung der *Schwarzen Schar der Antifaschistischen Vereinigung revolutionärer Arbeiter* zu begegnen versucht, der allerdings ebensowenig nennenswerter Erfolg beschieden war wie den Bestrebungen, punktuell mit der KPD zusammenzuarbeiten. Auch der Plan, eine gemeinsame Tageszeitung aller autonomen linksradikalen Zirkel und Gruppierungen zu schaffen (1930), sowie die Überlegungen zum Aufbau eines illegalen Radiosenders (1931) kamen über die Diskussionsphase nicht hinaus. *So blieb die Tätigkeit der Antiautoritären auf Einzelaktionen beschränkt. Ein Forum verschafften sie sich durch koordiniertes Taktieren in Versammlungen großer Parteien, in denen sie in sogenannten Kettenreden antifaschistische Agitation betrieben und notfalls in Versammlun-*

⁹ Zum Begriff der politischen Kleinorganisation und dessen definitorischer Abgrenzung zur politischen Splittergruppe vgl.: FORTZIK (wie Anm. 2) S. 15 ff. u. S. 226.

¹⁰ So noch 1925 auf einem internationalen Syndikalistenkongreß in Amsterdam. Diese Interpretation war gerade auch unter deutschen Syndikalisten weit verbreitet. Vgl. hierzu: R. THEISSEN, P. WALTER, J. WILHELMS: *Der anarcho-syndikalistische Widerstand an Rhein und Ruhr*. Meppen/Ems 1980 (Antiautoritäre Arbeiterbewegung im Faschismus, Bd. 1), S. 36.

¹¹ THEISSEN, WALTER, WILHELMS (wie Anm. 10) S. 36 f. - Vgl. auch: WEICHOLD (wie Anm. 5) S. 1005 ff.

¹² Augustin SOUCHY: *Deutschland. Der Faschismus im Anmarsch*, in: Internationale Arbeiter-Assoziation, Berlin, 24. Okt. 1930, zit. nach: THEISSEN, WALTER, WILHELMS (wie Anm. 10) S. 37-39.

gen der NSDAP eine Saalräumung durch die Polizei provozierten¹³. Auch die im März 1931 gebildete *Kampfgemeinschaft gegen Reaktion und Faschismus*, die als loses Arbeitskartell eine Reihe kleiner linksradikaler Parteien und Vereinigungen zusammenschloß, so u. a. die FAUD, den *Bund revolutionärer Industrieverbände*, die KPD-Opposition oder den *Leninbund*, war hinsichtlich ihrer Programmatik, Aktivitäten und Existenz nahezu bedeutungslos und blieb Episode¹⁴.

Angesichts der sich immer mehr zuspitzenden Lage wurden innerhalb der FAUD schließlich verstärkt die Bedingungen und Möglichkeiten zur Umstellung der politischen Arbeit auf die Erfordernisse der in naher Zukunft erwarteten Illegalität diskutiert. Auf ihrem Ostern 1932 in Erfurt abgehaltenen 19. Kongreß, übrigens ihrer letzten legalen Zusammenkunft auf Reichsebene, wurden seitens der FAUD daher Pläne zur Organisation der konspirativen Weiterarbeit entworfen und diskutiert, wobei *insbesondere ein Fluchtweg ins Ausland und die Aufrechterhaltung eines Informationsnetzes* im Zentrum der Überlegungen standen¹⁵. Hierdurch wurden ganz ohne Zweifel die Voraussetzungen dafür geschaffen, daß es den einzelnen Gruppen der FAUD im Anschluß an die Machtübertragung an die NSDAP zumindest in den ihr verbliebenen Hochburgen nahezu reibungslos gelang, sich – anders als die großen Organisationen der Arbeiterbewegung – auf die Bedingungen der illegalen Arbeit umzustellen. Gleichzeitig waren Charakter und Dimension des syndikalistischen Widerstandskampfes durch diese inoffiziellen Diskussionen auf dem Erfurter 19. Kongreß der FAUD gewissermaßen bereits im Keim vorgezeichnet.

In Hessen bestanden während der Weimarer Republik größere syndikalistische Gruppen in Kassel, Frankfurt, Offenbach und Darmstadt, kleinere Gruppen existierten auch in Wiesbaden, Flörsheim, Mörfelden und Münster bei Dieburg. Kontakte bestanden zum Raum Mannheim/Ludwigshafen, nach Worms und Heilbronn¹⁶.

Der kleinen, aber rege Aktivitäten entfaltenden Kasseler Ortsbörse der FAUD gehörten gegen Ende der Weimarer Zeit etwa 20 bis 30 Mitglieder an, die allerdings unmöglich eigenständige ökonomische Auseinandersetzungen bestreiten konnten. Die wichtigsten Mitglieder waren zudem von Dauerarbeitslosigkeit betroffen, was die betriebliche Agitation, das eigentliche Betätigungsfeld der Syndikalisten, nahezu unmöglich machte. Entsprechend war ihr Einfluß auf die Kasseler Arbeiterschaft mehr als gering, so daß sich die syndikalistischen Aktivitäten hier schwerpunktmäßig im Bereich von Bildungs- und Kulturarbeit entfalteten. Bei politischen Manifestationen stellte man zwar seine organisatorische Eigenständigkeit zur Schau, übte aber demonstrative Solidarität mit den anderen Organisationen der Arbeiterbewegung. Im Ausschuß der Erwerbslosenbewegung arbeiteten die FAUD-Mitglieder punktuell mit der KPD zusammen, mit der sie hinsichtlich ihrer unmittelbaren Revolutionserwartung und der *Sozialfaschismus*-Polemik gegenüber der Sozialdemokratie verbunden waren. Das Konzept, *Schwarze Scharen* als eigenständige proletarische Abwehrorganisation gegenüber dem Faschismus zu schaffen, kam über seine Proklamation zu keinem Zeitpunkt hinaus. Von Bedeutung für ihren späteren Widerstand war ohne Zweifel, daß man in Erwartung

¹³ FORTZIK (wie Anm. 2) S. 40 f.

¹⁴ FORTZIK (wie Anm. 2) S. 41. – Zur Auseinandersetzung der Syndikalisten mit dem Faschismus zu Beginn der Weimarer Republik auf lokalem Hintergrund vgl. Andreas MÜLLER: Aufbruch in neue Zeiten. Anarchosyndikalisten und Nationalsozialisten in Mengede in der Frühphase der Weimarer Republik, in: Bochumer Archiv für die Geschichte des Widerstandes und der Arbeit, Nr. 8, 1987, S. 121–154.

¹⁵ THEISSEN, WALTER, WILHELMS (wie Anm. 10) S. 44. – Ulrich KLAN, Dieter NELLES: „Es lebt noch eine Flamme“. Rheinische Anarcho-Syndikalisten/-innen in der Weimarer Republik und im Faschismus. Grafenau-Döffingen 1986, S. 170 f.

¹⁶ Georg Hepp, Nauheim, Interview mit A. Ulrich v. 7. Febr. 1987. – Karl Gültig, Offenbach, Interview mit A. Ulrich v. 24. Jan. 1987.

der drohenden Illegalität nach der Machtübertragung an die Nazis schon frühzeitig eine Verbindung nach den Niederlanden hergestellt hatte¹⁷. Als eigenständiges Publikationsorgan wurde *Die proletarische Front* in einer Auflage von ca. 500 Exemplaren herausgegeben, die vor allem unter den Erwerbslosen vertrieben wurde. Der Kasseler FAUD gehörten u. a. Fred Schröder, Heinrich Bartling, Hermann Hannibal, Willi und Erna Paul, Erich Richter, Gustav Zufall, Hermann Uhloth, Willi Mai und Willi Lämmer an¹⁸.

In Frankfurt umfaßte die FAUD-Gruppe lediglich etwa 10 Syndikalisten, darunter u. a. Georg Hepp, Anni Zerr, Max Guntermann und Helmuth Mößner. Laut Aussage von Georg Hepp wurden hier die Überlegungen gegen Ende der Weimarer Republik, auf welche Weise man sich auf die Bedingungen der Illegalität umzustellen habe, nur sehr allgemein angestrengt. Man sei zwar insofern auf den Eventualfall vorbereitet gewesen, daß man gewußt habe, wie man sich im Falle einer Verhaftung oder vor Gericht zu verhalten habe, trotzdem sei man dann von der tatsächlichen Dynamik der Ereignisse und der ungeheuren Brutalität der politischen Verfolgung unter dem Nationalsozialismus ebenso überrascht gewesen wie von der Tatsache, daß der Faschismus seinen Masseneinfluß derart stabil habe verankern können¹⁹. Daneben existierte noch eine Gruppe der syndikalistisch-anarchistischen Jugend, die zur FAUD ein lockeres Verhältnis hatte und der im Höchsthalle schätzungsweise 20 Mitglieder angehörten. Für die Propagandarbeit stand die monatlich erscheinende Zeitung *Junge Anarchisten* zur Verfügung. Zu besonderen Gelegenheiten wurden aber auch eigene Flugblätter herausgegeben. Auch hier stand vornehmlich die Bildungs- und Kulturarbeit im Vordergrund der Aktivitäten. Dennoch versuchte man zudem in anderen Organisationen, in denen man Mitglied war, wie z. B. den Naturfreunden, den Freidenkern oder Esperantisten, seine Ideen zu propagieren. Überregional war die syndikalistische Jugendgruppe der Syndikalistisch-anarchistischen Jugend Deutschlands (SAJD) und zugleich dem Landesverband des Rhein-Main-Gebietes angeschlossen²⁰.

Die Offenbacher Gruppe umfaßte vor der Illegalität schätzungsweise 50 bis 60 Syndikalisten. Hier konnte die FAUD gleichfalls keinerlei Einfluß auf die Arbeiterschaft in den Betrieben erzielen und war damit hinsichtlich ihrer programmatischen Konzeption und ihrer Organisationsstruktur – wie überhaupt in allen ihren Stützpunkten im Rhein-Main-Gebiet – auf den Charakter einer reinen Propagandaorganisation reduziert. Lediglich im Bereich der Erwerbslosenbewegung konnten gewisse Aktivitäten entfaltet werden, hier vor allem durch Adam Frank und Karl Lübke. Weitere führende Syndikalisten waren u. a. Karl Gültig, Georg Usinger und Theo Müller. Gelegentlich traten Offenbacher Syndikalisten in NSBO-Versammlungen auf und konnten beispielsweise eine solche NS-Veranstaltung im Stadtgarten gemeinsam mit Mitgliedern und Anhängern von SPD und KPD sprengen. Anlässlich einer Veranstaltung in Offenbach am 16. Juni 1932, auf der Hitler als Redner auftrat, kam es zu einer breiten Protestbewegung in dieser Hochburg der Arbeiterbewegung, an der sich auch die Syndikalisten beteiligten. Die Offenbacher FAUD vertrat, was die Abwehr der im Reichsmaßstab immer mehr erstarkenden NS-Bewegung angeht, ähnlich den anderen syndikalistischen Ortsbörsen eindeutig die Forderung nach dem politischen Generalstreik. Auch hier war man sich

¹⁷ Jörg KAMMLER: Zur historischen Ausgangslage des Arbeiterwiderstandes; Die Kasseler Arbeiterbewegung vor 1933, in: Wilhelm FRENZ, Jörg KAMMLER, Dietfried KRAUSE-VILMAR (Hrsg.): Volksgemeinschaft und Volksfeinde. Kassel 1933–1945. Bd. 2: Studien. Fuldabrück 1987, hier: S. 322–324.

¹⁸ Christine FISCHER-DEFOY: Arbeiterwiderstand in der Provinz. Arbeiterbewegung und Faschismus in Kassel und Nordhessen 1933–1945. Eine Fallstudie. Berlin 1982, S. 36f.

¹⁹ Hepp (wie Anm. 16).

²⁰ Georg HEPP: Die syndikalistisch-anarchistische Jugendgruppe Frankfurt a. M., in: Arbeiterjugendbewegung in Frankfurt 1904–1945. Material zu einer verschütteten Kulturgeschichte. Eine Ausstellung im Historischen Museum Frankfurt. Frankfurt/M. 1978, hier: S. 72.

klar darüber, daß die anstehende Machtübertragung an Hitler gleichbedeutend sei mit der Zerschlagung der Organisationen der Arbeiterbewegung und auf unmittelbare Kriegsvorbereitungen hinauslaufen würde. Dennoch machte man sich über die dann tatsächlich angewandten undemokratischen und brutalen Unterdrückungsmethoden der Nazis keine so rechte Vorstellung²¹.

Die FAUD-Gruppe in Darmstadt zählte etwa 20 Mitglieder. Ihr Führer war Gustav Doster, ein Metallarbeiter, der vor 1933 bei Opel in Rüsselsheim gearbeitet hatte und dort wegen seiner politischen Aktivitäten entlassen worden war. Doster war für die syndikalistische Bewegung weit über den Bereich Darmstadts hinaus von herausragender Bedeutung und stand u.a. mit dem Mannheimer Syndikalist Karl Schild in enger Verbindung. Laut Aussage von Schild wurde seitens Gustav Dosters immer wieder die Notwendigkeit hervorgehoben, daß man sich bewaffnen müsse, um dem Faschismus effektiv begegnen zu können. So seien von Doster und Schild vor 1933 Kontakte nach Sömmerda hergestellt worden, wo in den dortigen Waffenfabriken einige Syndikalist beschäftigt waren. Diese hätten einige Revolver entwendet, deren Nummern herausgefeilt worden seien. Aus diesem Bestand seien dann verschiedene Schußwaffen an einige Syndikalist aus dem Kontaktbereich von Doster und Schild zur Verteilung gekommen²². Eine solche Form der Selbstbewaffnung stellt aber zweifellos für den Bereich der syndikalistischen Bewegung eine nur marginale Erscheinung dar, da die FAUD einzig gewerkschaftlichen Kampfformen in den politischen Auseinandersetzungen Erfolgchancen beimaß²³.

Im syndikalistischen Stützpunkt in Münster gruppierten sich etwa 10 bis 15 FAUD-Mitglieder um den in einem Offenbacher Werk beschäftigten Peter Schneider. Dieser gab monatlich eine Ortszeitung mit dem Titel *Der arme Konrad* heraus, die sich offensichtlich durch ihren antiklerikalen Tenor auszeichnete. Jedenfalls sah sich der örtliche Pfarrer dazu gezwungen, jeweils eine entsprechende Gegenschrift zu verbreiten. Peter Schneider stand in enger Verbindung zu Karl Gültig und den Offenbacher Syndikalist²⁴.

In Wiesbaden waren in der FAUD vorwiegend bürgerliche Intellektuelle um den selbständigen Schneidermeister Kettenbach aus dem Bergkirchenviertel zusammengeschlossen, der innerhalb der syndikalistischen Bewegung weit über seine Heimat hinaus die Rolle eines Nestors ausübte. Kettenbach propagierte in vielen Versammlungen als Referent die Ziele der FAUD. Auf der „Platte“ hatte er einen kleinen landwirtschaftlichen Siedlungshof, der das Ziel zahlreicher Syndikalist aus dem ganzen Rhein-Main-Gebiet war. Zudem war er im Vorstand der Freireligiösen Gemeinde. Da man über keinerlei betriebliche Verankerung verfügte, traten die Wiesbadener Syndikalist vornehmlich durch Agitations- und Propagandaarbeit hervor. So wurden immer wieder die Diskussionen mit den Angehörigen der kommunistischen und sozialistischen Jugend gesucht. Man verteilte Flugblätter und eine eigene Zeitung. Für die Schulung der Mit-

²¹ Gültig (wie Anm. 16). – Ders., Interview mit K. Schild v. 11. Febr. 1985 (Kopie der Tonbandabschrift im Bes. d. Verf.).

²² Heinrich PINGEL-ROLLMANN: *Widerstand und Verfolgung in Darmstadt und in der Provinz Starkenburg 1933–1945*. Darmstadt und Marburg (Selbstverlag der Hessischen Historischen Kommission Darmstadt und der Historischen Kommission für Hessen) 1985 (Quellen und Forschungen zur hessischen Geschichte, Bd. 34), S. 121. – Karl Schild, Offenbach, Interview mit A. Ulrich v. 16. Juli 1986.

²³ Gültig (wie Anm. 16). Allerdings besaß Gültig laut eigener Aussage zum Schutz vor SA-Überfällen gleichfalls eine Schußwaffe, die dann nach der Machtübertragung an die Nazis im Garten vergraben worden sei. Zum Einsatz kamen diese Waffen auch nach 1933 wohl nicht.

²⁴ Ders.: (wie Anm. 16). Peter Schneider verstarb 1933.

glieder stand der Wiesbadener Ortsbörse der FAUD eine kleine Bibliothek zur Verfügung²⁵.

Über die FAUD-Gruppen in Mörfelden und Flörsheim ließen sich keine Informationen ermitteln. Wohl aber ist bekannt, daß in Mörfelden, Frankfurt²⁶ und Wiesbaden²⁷ parallel zur FAUD während der Weimarer Republik kleinere Gruppen der marxistisch ausgerichteten Allgemeinen Arbeiter-Union Deutschlands²⁸ existierten. In Offenbach sind die Mitglieder dieser Kleinorganisation geschlossen zur FAUD übergetreten²⁹.

Während es den Syndikalisten in ihren hessischen Stützpunkten zu keinem Zeitpunkt gelungen war, in den Betrieben als dem gemäß ihres Selbstverständnisses ureigenen anarcho-syndikalistischen Betätigungsfeld eine gewisse Verankerung herzustellen – sieht man einmal von der einen oder anderen Ausnahme ab, wo es dann aber vor allem infolge der eigenen Persönlichkeit einem FAUD-Mann gelungen war, in den Betriebsrat gewählt zu werden –, verfügte die FAUD im Raum Mannheim und Ludwigshafen durchaus in manchen Betrieben über eine bestimmte Resonanz innerhalb der Arbeiterschaft. In Mannheim hatte die FAUD schätzungsweise mehr als 300 Anhänger. Hier waren zwei Industrieföderationen gebildet worden, und zwar in den Sparten Metall und Bauarbeiter. Der frühere führende Mannheimer Syndikalist Karl Schild hebt hervor, daß der Einfluß in verschiedenen Baufirmen punktuell tatsächlich erwähnenswert gewesen sei, wobei aber berücksichtigt werden müsse, daß diese Resonanz stärker gewesen sei als die Anzahl der aktiven Syndikalisten. Dies dürfe aber nicht darüber hinwegtäuschen, daß die FAUD gemessen an Mitgliederstärke und Anhängerschaft der großen Richtungsgewerkschaften eben doch nur eine kleine Gruppe geblieben sei. In Ludwigshafen hatte die FAUD etwa 200 bis 250 Mitglieder. Hier waren sie beispielsweise im Bereich der Straßenbahn mit 10 bis 15 Mann recht gut verankert. In Mannheim wurde die Frage der Umstellung der Organisation auf die Illegalität bereits seit 1932 diskutiert. Man bereitete sich auf die im Falle einer Verhaftung erforderlichen Verhaltensweisen vor. Als nur kleine Organisation wollte man seinen Beitrag zur Einheit der Arbeiterklasse angesichts des immer mehr an Einfluß gewinnenden Faschismus leisten und beteiligte sich daher stets an den Kundgebungen und Demonstrationen der SPD und auch der KPD. Argumentativ war man bemüht, die verheerende „Sozialfaschismus-Theorie“ der KPD ebenso zu widerlegen wie die Meinung vieler Sozialdemokraten, bei den Kommunisten handele es sich lediglich um „Nazi-Kozis“, also um eine Spielart des Faschismus. Ähnliche Überlegungen beschäftigten teilweise auch die Syndikalisten in Ludwigshafen. Im engeren Kreis wurde frühzeitig diskutiert, welche Gesinnungsfreunde im Falle der Machtübertragung an die Nazis gegebenenfalls die Standfestigkeit aufbringen würden, die erforderlich sei, um in die illegale Arbeit involviert werden zu können. Traditionell standen die Mannheimer und Ludwigshafener Syndikalisten in engem Kontakt mit den syndikalistischen Stützpunkten im industriellen Ballungsraum des Rhein-Main-Gebietes³⁰.

Innerhalb der verschiedenen Ortsbörsen der FAUD in Hessen und im Raum Mannheim/Ludwigshafen war während der Endphase der Weimarer Republik eine heftige

²⁵ Rudi Leitem, Wiesbaden, Interview mit A. Ulrich v. 14. Okt. 1985. – Gültig (wie Anm. 16). – Schild (wie Anm. 22). – Die Bibliothek der Ortsbörse Wiesbaden der FAUD tauchte 1983 bei Renovierungsarbeiten in einem Haus in der dortigen Rheinstraße auf. Ca. 80 Titel wurden im gleichen Jahr an das Antiquariat Pinkus in der Schweiz verkauft (Liste liegt beim Verf. vor). Ein Großteil des Bibliotheksbestandes konnte jedoch nicht mehr sichergestellt werden und ging laut Aussage von Herrn Ralf Harder, Wiesbaden, den Gang in die „Müllverwertung“.

²⁶ Karl Gültig, Interview mit W. Fuchs v. 23. Feb. 1980 (Auszug).

²⁷ Leitem (wie Anm. 25).

²⁸ Zur AAUD vgl. FOITZIK (wie Anm. 2) S. 31 f.

²⁹ Gültig (wie Anm. 26).

³⁰ Schild (wie Anm. 22). – Gültig (wie Anm. 16).

Kontroverse in puncto Zusammenarbeit mit anderen politischen Gruppierungen und Parteien, und hier insbesondere auch mit den Kommunisten, zwecks gemeinsamer Abwehr der faschistischen Bedrohung entbrannt. Diese Kontroverse konnte zu keinem, die unterschiedlichen Positionen gleichermaßen befriedigendem Ergebnis gebracht werden, blieb also unausdiskutiert und sollte während der Illegalität gelegentlich auch die gemeinsame konspirative Arbeit überschatten. Die Strömung, die klar für eine Zusammenarbeit aller antifaschistischen Kräfte votierte, wurde vor allem repräsentiert durch Karl Gültig in Offenbach und durch Karl Schild sowie Eduard Bischoff aus Mannheim; Bischoff war als Syndikalist führend innerhalb der Arbeitslosenbewegung in Mannheim, Ludwigshafen und Worms aktiv. Die Mannheimer Syndikalisten stimmten anlässlich der Reichspräsidentenwahl im Jahre 1932 z. B. für eine Stimmabgabe zugunsten von Ernst Thälmann. Karl Gültig nahm verschiedentlich an gemeinsamen antifaschistischen Kundgebungen teil und verwandte sich ausdrücklich im Sinne der Einheitsfront und eines von dieser getragenen politischen Generalstreiks. Ähnliche Auffassungen wurden offensichtlich auch in Kassel und in Wiesbaden vertreten. Im krassen Gegensatz dazu lehnten Fritz Lösch aus Ludwigshafen und Gustav Doster aus Darmstadt jedwede Zusammenarbeit mit anderen Arbeiterorganisationen und vor allem mit der KPD strikt ab. Doster propagierte demgegenüber vehement das Konzept der *Schwarzen Scharen*, was jedoch innerhalb der FAUD häufig auf wenig Gegenliebe stieß, wurden doch militärische Organisationsformen in der Regel mit größter Skepsis beurteilt³¹.

Im Anschluß an den 30. Januar 1933 beteiligten sich vielerorts die Syndikalisten an den großen Protestmanifestationen der Organisationen der Arbeiterbewegung. So konnte z. B. in Mannheim eine gemeinsame Abwehrfront durch Demonstrationen und Blockaden den Versuch der Nationalsozialisten stoppen, die durch die Arbeiterschaft dominierte Neckarstadt zu erobern; dieses Unterfangen soll für die Nazis zu einem wahren *Spiessrutenlauf* geworden sein. Die Mannheimer FAUD bekräftigte in dieser Situation ihre Position, alle jene zu unterstützen, die gegen die Nazis auftraten, ganz gleich welcher politischen Richtung sie auch angehört haben mochten³². Hier wie auch in Offenbach sprach man sich unmißverständlich für die Ausrufung des politischen Generalstreiks aus³³.

Bereits zu diesem frühen Zeitpunkt wurde auf Reichsebene und lokal seitens der FAUD alles versucht, die Organisationsstruktur den neuen, illegalen Kampfbedingungen anzupassen. Unverzüglich wurde damit begonnen, den Sitz der FAUD-Geschäftskommission von Berlin nach Erfurt zu verlegen. Ebenso wurden die Vorbereitungen zur Schaffung einer Grenzdurchgangsstelle für Verfolgte in Dülken getroffen; der Transfer erfolgte über eine Duisburger Anlaufstelle in Richtung Niederlande. Gleichzeitig wurde bekräftigt, daß eine der Aufgaben der illegalen Organisation die Unterstützung der in materielle Not geratenen Familien verfolgter Gesinnungsfreunde zu sein habe. All dies war bereits auf dem 19. Kongreß der FAUD in Erfurt Gegenstand geheimer Beratungen gewesen³⁴. Zudem verlegte man den Sitz des Sekretariats der Internationalen Arbeiter-Assoziation von Berlin nach Amsterdam³⁵. Am 15. Februar 1933 löste sich die FAUD

³¹ Eduard Karl BISCHOFF: Politischer Lebenslauf, Mannheim, 10. April 1952 (Kopie des Maschinenmanuskripts liegt beim Verf. vor). - Karl Schild, Karl Gültig, Tonband-Aufnahme v. 28. Nov. 1977 über die FAUD und illegale Tätigkeiten nach dem 30. Jan. 1933 (Tonband-Abschrift liegt in Kopie beim Verf. vor). - Gültig (wie Anm. 21). - Ders. (wie Anm. 16). - Vgl. hierzu auch: THEISSEN, WALTER, WILHELMS (wie Anm. 10) S. 40 ff.

³² Schild (wie Anm. 22).

³³ Ebenda. - Gültig (wie Anm. 21).

³⁴ FOITZIK (wie Anm. 2) S. 45. - KLAN, NELLES (wie Anm. 15) S. 171.

³⁵ THEISSEN, WALTER, WILHELMS (wie Anm. 10) S. 45.

offiziell selbst auf. Man gedachte, so dem drohenden Verbot zuvorzukommen, das dann tatsächlich auch nur wenig später am 5. März ausgesprochen wurde³⁶.

Unabhängig von diesen reichsweiten Maßnahmen wurden auf der Ebene der einzelnen Ortsbörsen umgehend die zur Umstellung auf die Illegalität erforderlichen ersten Schritte eingeleitet wie die Verteilung der Bücher aus den jeweiligen Organisationsbibliotheken und der verbliebenen Kassenbestände auf die Mitglieder³⁷. So hatten beispielsweise die Offenbacher Syndikalisten schon zu Beginn des Jahres 1933 ihre Organisation und vor allem ihre Mitgliederkartei aufgelöst³⁸. In Kassel waren die ersten konkreten Vorbereitungen zur Umstellung auf illegale Weiterarbeit in der Nacht des Reichstagsbrandes getroffen worden, als man im Schrebergarten der Familie Paul eine konspirative Druckerei einrichtete³⁹. Anfang März konnten die Kasseler Syndikalisten ein letztes Mal den wöchentlich erscheinenden *Syndikalist* an vor dem Arbeitsamt wartende Arbeitslose legal vertreiben⁴⁰. Zum gleichen Zeitpunkt fielen der politischen Polizei bei einer Durchsuchung der Räume der Berliner Geschäftskommission der FAUD das Sortimentslager des syndikalistischen ASY-Verlages, die Buchbestände der *Gilde freibetrieblicher Bücherfreunde* sowie das Gesamtarchiv der IAA in die Hände. Nur dank eines glücklichen Zufalls gelang es, eine 700 Namen umfassende Adressenliste dem Zugriff der Gestapo zu entziehen⁴¹. Der Pressedienst der IAA beschäftigte sich in seiner Ausgabe Nr. 161 vom 8. Juni 1933 mit dieser Aktion: *Der Wert der Bücher und Broschüren betrug schätzungsweise 100 000 M. Das Vermögen der Organisation und der Ortsgruppen, soweit es bar vorhanden war, dürfte im allgemeinen sichergestellt sein, soweit sich bisher übersehen läßt. Allerdings war der Kassenbestand bei den allermeisten Gruppen unbedeutend*⁴². Schmerzlicher war zweifellos der Verlust mehrerer führender Syndikalisten, die man sofort nach ihrer Verhaftung anlässlich dieser Durchsuchungsaktion in *Schutzhaft* überstellte⁴³. Unterdessen wurden auf lokaler Ebene vor allem auf Initiative einzelner Funktionäre unentwegt die Bestrebungen forciert, die syndikalistischen Verbindungen illegal zu reorganisieren. Dies führte dazu, daß sich bereits in der Anfangsphase der Illegalität unabhängig von Erfurt drei Zentren des FAUD-Widerstandes herauskristallisiert hatten:

- in Westdeutschland mit Stützpunkten u. a. in Düsseldorf, Dortmund, Bochum, Mönchengladbach, Duisburg, Köln, Krefeld, Wuppertal und Aachen;
- in Mitteldeutschland mit Stützpunkten u. a. in Leipzig, Erfurt, Chemnitz und Dresden;
- in Südwestdeutschland mit Stützpunkten im Rhein-Main-Gebiet, in Kassel und im Raum Mannheim/Ludwigshafen.

Daneben existierten weitere Stützpunkte des syndikalistischen und anarchistischen Widerstandes in Hamburg, Stettin, Königsberg, Breslau und Ratibor⁴⁴.

Bei der Knüpfung des für die überregionale, illegale Arbeit erforderlichen Kontakt-netzes griff man vor allen Dingen auf eine Vielzahl persönlicher und freundschaftlicher

³⁶ FOITZIK (wie Anm. 2) S. 88.

³⁷ THEISSEN, WALTER, WILHELMS (wie Anm. 10) S. 46.

³⁸ Gültig (wie Anm. 16).

³⁹ FISCHER-DEFOY (wie Anm. 18) S. 86.

⁴⁰ JÖRG KAMMLER, Dietfried KRAUSE-VILMAR (Hrsg.): Volksgemeinschaft und Volksfeinde. Kassel 1933-1945. Bd. 1: Eine Dokumentation. Fuldabrück 1984, S. 350.

⁴¹ THEISSEN, WALTER, WILHELMS (wie Anm. 10) S. 45. - KLAN, NELLES (wie Anm. 15) S. 170.

⁴² Pressedienst der Internationalen Arbeiter-Assoziation (IAA), Nr. 161 v. 8. Juni 1933 (Albert de Jong, Haarlem, Holland), Internationales Institut für Sozialgeschichte (IISG) Amsterdam. - Diese organisationsinterne Mitteilung steht im Gegensatz zur Behauptung von FOITZIK, man habe *erhebliche Sachwerte für die illegale Arbeit retten können*, FOITZIK (wie Anm. 2) S. 88.

⁴³ THEISSEN, WALTER, WILHELMS (wie Anm. 10) S. 45.

⁴⁴ FOITZIK (wie Anm. 2) S. 88 f.

Beziehungen aus der legalen Zeit vor der Machtübertragung zurück. Für das konspirative syndikalistische Verbindungsnetz im südwestdeutschen Raum gilt, daß sich die FAUD-Leute, die in den aktiven Widerstand gingen, schon lange vorher darüber klar waren, daß sie diesen Schritt zu tun haben würden, also zumindest innerlich entsprechend vorbereitet waren, wenngleich ihnen die Konsequenzen hinsichtlich der Verfolgungssituation, der sie dann tatsächlich konfrontiert waren, anfangs in ihrer ganzen Dimension noch nicht so recht klar waren. Dennoch mag gerade auch hierin ein Grund dafür zu entdecken sein, mit welchem Engagement, Geschick und auch mit welcher Opferbereitschaft die Syndikalisten in der Frühphase der Illegalität den Widerstand zu organisieren in Angriff nahmen. Die konspirativen Methoden und Verbindungen, vor allem aber auch der technische illegale Apparat sowie die für die spätere illegale Arbeit unabdingbaren Kontakte ins Ausland mußten erst einmal geschaffen werden, um mit der Zeit und hauptsächlich auch unter Berücksichtigung der praktischen Erfahrungen des illegalen Kampfes immer mehr perfektioniert werden zu können. Die Tatsache, daß sich die illegalen Syndikalisten auch überregional zumeist persönlich kannten, erschwerte es der Gestapo ganz zweifellos ebenso in ihr Widerstandsnetz einzudringen wie der Umstand, daß es sich bei der FAUD nur um eine kleine Widerstandsorganisation handelte, die eigentlich ihre Tätigkeit nicht auf agitatorische Außentätigkeit über den Rahmen der Gruppe hinaus abrichtete, sieht man einmal von gelegentlichen Kontakten mit anderen Widerstandsgruppen oder auch nur -kämpfern aus dem Spektrum von SPD oder KPD und anderen Ausnahmen ab.

Im Raum Mannheim/Ludwigshafen brachte die FAUD im Frühjahr 1933 mehrere Male Flugblätter heraus, jeweils in einer Auflage von 1000 bis 2000 Stück, in denen weiterhin die Ausrufung des Generalstreiks proklamiert wurde, obwohl einem längst klar war, daß dieser keinerlei Realisierungschance haben würde. Man wollte eben, so Karl Schild, trotzdem die Fahnenstange der Einheit weiter emporhalten. Diese Flugblätter waren zunächst noch in einem primitiven Abzugsverfahren hergestellt, da man nicht über die Druckmöglichkeiten verfügte, wie sie der SPD oder der KPD zur Verfügung standen. Auch anlässlich der Betriebsrätewahlen trat die FAUD in dieser Region durch Flugblattagitatorien hervor. Man rief nicht dazu auf, die FAUD oder die RGO zu wählen, obwohl dies andernorts auch geschehen sein soll, sondern rief zur Wahl von vertrauenswürdigen Kollegen in den Betriebsrat auf. Dies sei innerhalb der Belegschaften auch verstanden worden. Solche Flugblätter wurden beispielsweise im Strebel-Werk, bei Daimler-Benz und bei Lanz verteilt, wo der Syndikalist Karl Heck, der gleichzeitig in der FAUD und im Deutschen Metallarbeiterverband organisiert war, die Funktion eines Vertrauensmannes innehatte⁴⁵.

Ähnliche Aktivitäten lassen sich für das Rhein-Main-Gebiet oder Kassel nicht nachweisen. Allerdings war in Frankfurt, wo man beispielsweise die Mitarbeit von Jugendlichen in der Illegalität von vornherein ausgeschlossen hatte, um diese und auch die eigene Arbeit nicht zu gefährden, der Syndikalist Max Guntermann im Betriebsrat der elektrotechnischen Spezialfirma Schanzenbach, eine der wenigen Ausnahmen syndikalistischer Verankerung in einem Betrieb in dieser Region. Nachdem seit dem Frühjahr 1933 auch hier NS-Beflaggung, Hitler-Gruß und das Absingen des Horst-Wessel-Liedes obligatorisch geworden waren, weigerte sich Guntermann, auf den neuen angeordneten Kurs einzuschwenken, wurde dementsprechend angezeigt und schließlich zur polizeilichen Vernehmung geladen. *Seine Antwort auf die Frage des Polizisten*, so Georg Hepp, *war einfach: 'Ich habe das Lied nicht gesungen, weil ich kein Nazi bin'. Aber auch der Polizist war kein Nazi, und er wußte, daß ihn diese Äußerung ins KZ bringen könnte. Er*

⁴⁵ Schild (wie Anm. 22).

schlug vor, ins Protokoll zu schreiben: ‚Mir war der Hitler-Gruß nicht geläufig, und so wurde es auch gemacht – ohne Märtyrer⁴⁶.‘

Diese Episode verdeutlicht zweierlei: 1. regimekritische Opposition setzte bereits im alltäglichen Verhalten ein und war auch hier durch unmittelbare Verfolgung bedroht. Die Tatsache, daß der ehemalige FAUD-Betriebsratsvorsitzende hier noch einmal glimpflich davon kam, resultiert allein aus dem Umstand, daß in der ersten Zeit der NS-Diktatur noch eine ganze Reihe ihrer politischen Überzeugung treu gebliebener Sozialdemokraten und Angehöriger des bürgerlichen Parteienspektrums im Polizeiapparat ihren Dienst verrichteten und so auf die eine oder andere Art politisch Verfolgten gelegentliche Hilfeleistungen zukommen lassen konnten; 2. zu Beginn der Nazi-herrschaft war man sich im Bereich des politischen Widerstandes in der Regel noch gar nicht so recht bewußt, wie streng man die Prinzipien der Konspiration tatsächlich würde anwenden müssen. Später war den meisten Illegalen klar, daß es nichts als sträflicher Leichtsinns war, seine wahre politische Gesinnung in derart offensichtlicher Manier zur Schau zu stellen, weil dadurch letztendlich nur die illegale Arbeit unnötigen Gefährdungen ausgesetzt werden würde.

In Kassel erfolgte auch ein Versuch, über den eigenen Kreis hinaus agitatorisch wirksam zu werden, anlässlich des 1. Mai 1933, indem man hierzu eine illegale Ausgabe der Zeitung *Die Internationale* druckte und zur Verteilung brachte. An dieser Aktion waren u. a. Willi Paul, Fred Schröder und Hermann Hannibal beteiligt⁴⁷.

Seit dem Frühsommer 1933 begann sich das konspirative Verbindungsnetz der FAUD in Südwestdeutschland zu konsolidieren. Die Kontakte zwischen den einzelnen Orten innerhalb dieses Netzes funktionierten, Verbindungen zu befreundeten und bereits emigrierten Syndikalisten im Ausland waren geknüpft, die Herstellung und Verteilung illegalen Schriftmaterials begann anzulaufen. Vor allen Dingen aber hatte sich ein zuverlässiger Stamm von Syndikalisten herausgebildet, durch den die illegale Arbeit als gesichert gelten konnte. Dabei versteht sich von selbst, daß dieser Kreis von Aktiven personell nur sehr begrenzt sein durfte, also nur einen Bruchteil jener ausmachte, die gesinnungsmäßig dem Syndikalismus weiterhin angehörten. In Kassel standen etwa 15 Syndikalisten weiter miteinander in Verbindung⁴⁸. In Frankfurt gehörten zum engeren Kreis nur noch 3 FAUD-Mitglieder, nämlich Georg Hepp, Mößner und Guntermann⁴⁹. In Offenbach war der aktive Kern auf 5 bis 6 Gesinnungsfreunde⁵⁰, in Darmstadt schätzungsweise auf die gleiche Zahl zusammengeschmolzen. Für die anderen Stützpunkte im Rhein-Main-Gebiet lassen sich vergleichbare Zahlen nicht mehr ermitteln. In Mannheim dagegen waren noch ungefähr 30 bis 50 Syndikalisten illegal tätig, und in Ludwigshafen waren es immerhin noch 15 bis 20 Mann⁵¹. Konspirativ versuchte man sich nach dem Fünfergruppensystem abzusichern⁵².

In Mannheim wurde der Widerstand durch Eduard Bischoff und Karl Schild organisiert. Nachdem der Prozeß der Gruppenbildung abgeschlossen war, wurden nach anderen Orten hin Kontakte aufgenommen, so z. B. nach Darmstadt zu Gustav Doster, nach Offenbach, wohin Karl Schild mehrere Male fuhr, sowie zu einigen Syndikalisten aus dem Raum von Wiesloch und Ettlingen. Auch war auf vorbereitenden Treffen beschlossen worden, daß die Mannheimer FAUD das Gebiet um Stuttgart mit betreuen sollte.

⁴⁶ Hepp (wie Anm. 16). – STOWASSER (wie Anm. 3) S. 85.

⁴⁷ FISCHER-DEFOY (wie Anm. 18) S. 86.

⁴⁸ Jörg KAMMLER: Widerstand und Verfolgung – illegale Arbeiterbewegung, sozialistische Solidargemeinschaft und das Verhältnis der Arbeiterschaft zum NS-Regime, in: FRENZ, KAMMLER, KRAUSE-VILMAR (wie Anm. 17) hier: S. 373.

⁴⁹ Hepp (wie Anm. 16).

⁵⁰ Gültig (wie Anm. 16). – Ders.: Fernmündliche Auskunft an A. Ulrich v. 10. April 1984.

⁵¹ Schild (wie Anm. 22).

⁵² Ebenda.

Als Schild und Bischoff zwecks Kontaktaufnahme dorthin gefahren waren, mußten sie allerdings feststellen, daß hier die FAUD-Mitglieder alle zur KPD-Opposition gewechselt waren, die in Stuttgart sehr stark verankert war und in der Gewerkschaftsfrage ähnliche Positionen wie die Syndikalisten vertrat. Zudem bestand eine Verbindung nach Alzey zu einem Syndikalisten namens Hartmann. Mit den FAUD-Freunden aus Ludwigshafen verband die Mannheimer Gruppe ohnedies traditionell eine enge Kooperation⁵³.

In Darmstadt scheint ein für den gesamten syndikalistischen Widerstand im Rhein-Main-Gebiet bedeutsames logistisches Zentrum bestanden zu haben. Bis zu seiner Emigration im Spätherbst 1933 spielte hier Gustav Doster eindeutig die führende Rolle. Daneben waren in die illegalen Kontakte aber auch der Bulgare Inkoloff, „Hennes Dieter“, ein gewisser Häuslein und Heiner Weygandt aus Arheilgen involviert. Anlässlich eines Treffens bei Zwingenberg an der Bergstraße weihte Doster seine Mitstreiter rechtzeitig in seinen schon lange gehegten Plan zur Emigration ein und riet ihnen, im Falle einer Verhaftung dann alle Schuld auf seine Person abzuladen. Getreu dieses Konzepts wurde denn auch, nachdem die Gruppe „hochgegangen“ war, Doster von allen Beteiligten als der Hauptschuldige belastet⁵⁴.

Die Offenbacher FAUD-Gruppe stand in Verbindung vor allem mit Georg Hepp in Frankfurt, mit Eduard Bischoff und Karl Schild aus Mannheim und eben auch mit Darmstadt⁵⁵.

Der Frankfurter Georg Hepp hatte Kontakte nach allen Seiten, also u. a. nach Darmstadt, Mannheim, Ludwigshafen, Kassel und zu einem syndikalistischen Kontaktmann in Heilbronn. Die Kurierverbindung zwischen Frankfurt und Kassel wurde durch Hepp mit dem Fahrrad realisiert. Für eine Fahrt mußten so jeweils zwei Tage hin und zurück angesetzt werden⁵⁶.

Die engagiertesten Organisatoren des Widerstandes in Kassel waren Fred Schröder und Willi Paul. Verbindungen nach Erfurt bestanden bereits seit dem Frühjahr 1933, zu syndikalistischen Kreisen in den Niederlanden seit der Flucht Schröders dorthin gegen Mitte des Jahres. Seit dieser Zeit wurden die Kasseler Anarchosyndikalisten regelmäßig aus den Niederlanden mit Zeitschriften und Tarnbroschüren beliefert. Parallel dazu wurden bis etwa Ende 1933 durch Willi Paul mehrere Informationsschriften zusammengestellt und verteilt, darunter einige illegale Ausgaben der *Proletarischen Front* und einige Zeitungen mit dem Titel *Die Kommenden*. – *Die jeweils 6 Seiten umfassenden hektographierten Zeitungen wurden in ca. 200 Exemplaren von den Mitgliedern in Kassel, zum Teil auch in Thüringen und im Frankfurter Raum verbreitet. Ebenso wie KPD und ISK kassierte auch die FAUD-Gruppe für ihre illegalen Schriften Solidaritätsgebühren. Für das aus Holland kommende Material wurde Geld nach Duisburg übersandt, wo die dortige FAUD-Gruppe eine Art Vertriebszentrale für das Ruhrgebiet und Teile des übrigen Reichs unterbielt ... Im Gegensatz zur Empfehlung der eigenen Organisation, das Material nur unter zuverlässigen Genossen zu verteilen, es nach Lektüre und Diskussion jedoch wieder einzusammeln und nach Duisburg zurückzusenden, wurde es in Kassel zum Teil auch anonym, z. B. über Briefkästen, verbreitet. Ansonsten traf man sich vor allem nach einer Verhaftung Willi Pauls im November 1933 im Wochenturnus zu Diskussionsrunden weiterhin bei ihm und Erna Paul⁵⁷.*

Insbesondere nach der Emigration Dosters und Schröders in die Niederlande wurde hier die Propagandatätigkeit gegen das Dritte Reich intensiviert und zu einer großen

⁵³ Ebenda. – Gültig (wie Anm. 16).

⁵⁴ Schild (wie Anm. 22). – Gültig (wie Anm. 16).

⁵⁵ Gültig (wie Anm. 16).

⁵⁶ Hepp (wie Anm. 16).

⁵⁷ KAMMLER (wie Anm. 48) S. 373.

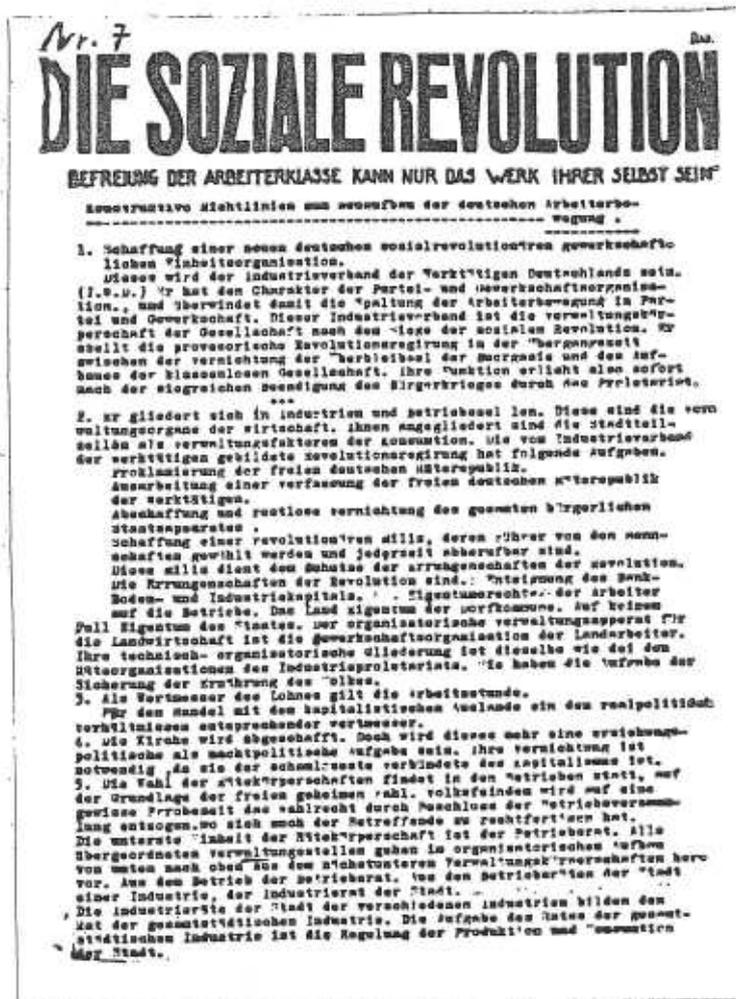


Abb. 1: Ausschnitt aus der Flugschrift „Die Soziale Revolution“. Originalgröße. Als Filmnegativ illegal eingeschleust.

Unterstützung für die im Reich illegal Tätigen. In Amsterdam wurde Ende 1933 die Gruppe *Deutsche Anarcho-Syndikalisten* (DAS) unter Vorsitz von Gustav Doster gebildet, die jedoch *nur im technischen Sinne als Auslandsleitung der illegalen FAUD bezeichnet werden kann. Ihre Hauptaufgabe bestand in der Organisation des Schriftenschmuggels nach Deutschland und überhaupt der Aufrechterhaltung von Verbindungen zu den illegalen Gruppen sowie zur IAA in Barcelona.* Weiterhin wurde ihr Aufgabengebiet durch die Unterstützung von Emigranten und in Deutschland inhaftierten Syndikalisten, aber auch von deren Angehörigen bestimmt. Da die DAS diese Arbeit finanziell allein nicht bestreiten konnte, wurde sie zu diesem Zweck seitens der IAA unterstützt⁵⁸. Schon im Juli 1933 war Albert de Jong, ein holländischer Parlamentsstenograph und Leiter des *Antimilitaristischen Büros*, ins Deutsche Reich eingereist, um den illegalen syndikalistischen Gruppen ideelle, materielle und propandistische Unterstützung anzubieten⁵⁹.

⁵⁸ FOITZIK (wie Anm. 2) S. 158.

⁵⁹ THEISSEN, WALTER, WILHELMS (wie Anm. 10) S. 65.

Das *Antimilitaristische Büro*, bei dessen Leiter auch die Frankfurterin Anni Zerr eine Anstellung als Haushaltshilfe gefunden hatte, war eine international rege Aktivitäten entfaltende *Organisation anarchistischer Prägung*. Büro und Wohnung waren Treffpunkt zahlreicher Emigranten. Hier liefen viele Fäden zusammen, hier wurden illegale anarchistische Broschüren und Zeitungen verlegt und nach Nazi-Deutschland eingeschmuggelt⁶⁰.

Bei den Schriften, die im Ausland hergestellt und über Kuriere ins Reich transportiert wurden, handelte es sich im wesentlichen um *Die Internationale. Anarcho-Syndikalistisches Organ*. Hrsg. vom Sekretariat der IAA, die in Deutschland mit gleichem Inhalt unter dem Tarnitel *Deutschtum im Ausland. Blätter zur Pflege deutscher Art*. Hrsg. vom Verband deutscher Schulen im Ausland zur Verteilung kam sowie um *Die Soziale Revolution*, die fotomechanisch verkleinert in Form von unentwickelten Filmen eingeschleust wurde⁶¹. Über die Art und Weise der Herstellung und Verbreitung dieser Zeitung berichtete die Auslandsausgabe des gleichen Organs Mitte Januar 1934: *Vor etlichen Tagen bekamen wir die ‚deutsche Ausgabe‘ der ‚Sozialen Revolution‘ zugeschickt. Die ‚Zeitung‘ wird auf fotografischem Wege hergestellt und die Filmnegative unentwickelt in die verschiedensten Orte Deutschlands verschickt. Von diesen Negativen machen dann die Genossen ihre Abzüge und bringen dieselben unter die Masse. Jeder einzelne Abzug wandert natürlich durch viele Hände. Öffnet die Polizei einen Brief mit einem solchen Negativ, so wird dasselbe belichtet, und es ist nicht mehr festzustellen, was darauf war ...*⁶².

Es fällt auf, mit welcher Unbefangenheit hier konspirative Interna thematisiert wurden, bar jeder Überlegung, ein Exemplar dieser Zeitung könnte auch einmal in die Hände der Gestapo fallen und damit die illegale Arbeit im Reich gefährden. Ähnliche Probleme hinsichtlich eines allzu leichtfertigen Umgangs mit illegalen Praktiken in der Emigration hatten übrigens auch immer wieder sozialdemokratische und kommunistische Widerstandsgruppen. Ein weiteres höchst brisantes Risiko erwuchs den illegalen syndikalistischen Gruppen durch die Tatsache, daß diese Materialien zunächst häufig per Post zugesandt wurden, so z. B. an die Adresse von Willi Pauls Schwester nach Kassel⁶³. Georg Hepp, der – wie erwähnt – diesen riskanten Transportweg lieber vermied und die persönliche Kurierübermittlung vorzog, reiste zu diesem Zweck eigens nach Amsterdam, um seinen Genossen in der Emigration endlich diesen gefährlichen Unfug auszureden⁶⁴. In Kassel wurde eine direkte Kurierverbindung ins Ruhrgebiet dann durch den Literaturobmann der Gruppe, Willi Mai, realisiert⁶⁵. Gleichfalls über Kassel liefen Materialtransporte aus Frankfurt zur illegalen Geschäftskommission, die schon im Herbst 1933 hatte nach Leipzig ausweichen müssen. Die Gruppen im Rhein-Main-Gebiet wurden ihrerseits wieder über Georg Hepp in Frankfurt mit Schriftmaterial beliefert, das teilweise in zugelöteten Konservendosen verborgen war und ebenfalls über die Kasseler Verbindung dorthin geleitet wurde. Ansonsten wurden die FAUD-

⁶⁰ STOWASSER (wie Anm. 3) S. 80. – Hepp (wie Anm. 16). – Anni Hepp, geb. Zerr, Nauheim, Interview mit A. Ulrich v. 7. Febr. 1987.

⁶¹ Hans Manfred BOCK: Bibliographischer Versuch zur Geschichte des Anarchismus und Anarcho-Syndikalismus in Deutschland, in: Jahrbuch Arbeiterbewegung, Bd. 1, Frankfurt/M. 1973, S. 296–334, hier: S. 325. – Im IISG Amsterdam befinden sich die Ausgaben Nr. 2–7 von *Die Soziale Revolution. D.A.S. Die Befreiung der Arbeiterklasse kann nur das Werk ihrer selbst sein* (Studieaalmappen 344. Abendroth-Liste Akte \Duitsland 59). – Vgl. KLAN, NELLES (wie Anm. 15) S. 173. – Vgl. hierzu auch: Rudolf ROCKER: Aus den Memoiren eines deutschen Anarchisten. Frankfurt/M. 1974, S. 303.

⁶² *Die Soziale Revolution. Organ der deutschen Anarchosyndikalistin im Ausland (IAA)*, Stockholm-Paris Jg. 1, Mitte Jan. 1934, IISG Amsterdam (nicht identisch mit Anm. 61).

⁶³ FISCHER-DEFOY (wie Anm. 18) S. 86.

⁶⁴ HEPP (wie Anm. 16).

⁶⁵ KAMMLER, KRAUSE-VILMAR (wie Anm. 40) S. 350.



"Selbstmörder Erich Mühsam."

Am 17. Juli hat sich der bekannte sozialdemokratische Schriftsteller Erich Mühsam im Konzentrationslager Oranienburg erhängt. Er war 37 Jahre alt. Mit Erich Mühsam hat endlich das Schicksal einen der Geißelmörder der Münchener Rätezeit getroffen."

So meldet die Pressekanaille Deutschland.

N A C H R I C H T

Einer unserer Besten ist also nicht mehr. Das klassenbewusste, revolutionäre Proletariat verliert mit Erich Mühsam einen Führer, der sein ganzes Denken und Fühlen, ja sein Leben der proletarischen Klasse geopfert hat. In Wort und Schrift, mit seiner scharfen Zunge und seiner noch schärferen Feder, hat er in unzähligen Versammlungen und Schriften des Proletariat immer wieder aufgerüttelt; war er ein ewiger Rebell gegen den Staat und den Kapitalismus. Er, der Apothekersohn, war nicht nur ein Theoretiker, der seinen Kampf aus der Redaktionsstufe führte, sondern ein echter Sohn des Volkes, der sich im Kampf auch an die Spitze stellte. Er war auch keiner von denjenigen Intellektuellen, die über dem Proletariat stehend, nur mit dem Kopf das Proletariat führend, sich anmaßen die "einzigen" Führer zu sein und sich in Wirklichkeit für alle Arbeit bezahlen ließen oder berühmt sein wollten. Dem Proletariat gehörte das Herz E. Mühsams.

E.M. ein sozialdemokratischer Schriftsteller? Zum Lachen! Eine Kampfernatur mit solchen obengenannten Tugenden konnte kein Sozialdemokrat, ein solcher Revolutionär kann nur ein Anarchist sein. E.M. war kein Parteimensch, sein Kampf galt der ganzen proletarischen Klasse.

Seine Ideen? E.M. ist ein blendender Literat und hat in Poesie und Prosa seine Ideen niedergelegt. "Brennende Erde", ein wichtiger Gedichtband hat es dem heutigen System ganz besonders angetan; er ist beschlagnahmt.

E.M. ist der Arbeiterklasse Deutschlands besonders bekannt geworden durch die Münchener Räterepublik. Seine Forderungen der Münchener Räte-Aufstandes gipfelten in der Parole: "Alle Macht den Räten, keine Macht über den Räten!" Nach der blutigen Hinderwerfung der Räterepublik wurde M. zu 15 Jahren Festung verurteilt und nach 7 jähriger

Abb. 2: Titelblatt der illegalen Zeitung „Fanal. Revolutionäre-sozialistische Monats-Blätter“ nach Juli 1934. Verkleinert.

Stützpunkte hier mit syndikalistischen Schriften aus den Niederlanden versorgt, die durch Rheinschiffer transportiert wurden. Die illegale Anlaufstelle für das Rhein-Main-Gebiet war ein Kiosk in Darmstadt. Die Weiterverteilung erfolgte so, daß Theo Müller aus Offenbach die illegalen Materialien in Bensheim in Empfang nahm und dann in Darmstadt, Offenbach und Frankfurt an Mittelsmänner überreichte. Über Offenbach wurde die Internationale dann zu den Gruppen in Mannheim und Ludwigshafen wei-

tergeleitet, die selbst über keine direkte konspirative Verbindung nach den Niederlanden, wohl aber ins Saargebiet verfügten⁶⁶.

An illegalen Broschüren kursierten vor allem das *Braunbuch*, das sich kritisch mit dem Reichstagsbrand beschäftigte, oder z. B. die Tarnschrift *Esst deutsche Früchte und ihr bleibt gesund*, die eine knappe Zusammenfassung anarcho-syndikalistischer Zielsetzungen gekoppelt mit dem Appell zum Widerstand beinhaltete⁶⁷.

Vor allem um die relativ hohen Risiken zu vermeiden, die stets mit den Materiallieferungen aus dem Ausland verbunden waren, gingen die Syndikalisten im Raum Mannheim/Ludwigshafen seit 1934 dazu über, neben der bis dahin schon praktizierten Flugblattherstellung und -verbreitung auch eigenständige Zeitschriften herauszugeben, so das *Fanal. Revolutionäre-sozialistische Monats-Blätter*, das in mehreren Ausgaben in einer beachtlichen Auflagenhöhe erschien, und *Der Hessische Landbote*, von dem auch 1 oder 2 Nummern zur Verbreitung kamen. Die Matrizen wurden bei Karl Schild in der Wohnung auf der Schreibmaschine geschrieben, wobei diese auf dem Bett stand, um so die Risiken einer Entdeckung infolge der Schreibgeräusche zu minimieren. Für das Herstellungsverfahren selbst erwies sich fraglos die Tatsache als nützlich, daß Eduard Bischoff gelernter Buchdrucker war. Von ihm stammte auch die Idee zum *Hessischen Landboten* mit der Losung *Friede den Hütten - Krieg den Palästen*. In dieser Schrift wurden selbst zusammengestellte antifaschistische Texte veröffentlicht, darunter aber auch eine Begründung, warum man gerade diesen Titel gewählt habe, und eine kurze Abhandlung Bischoffs zur Person Georg Büchners. Im *Fanal* wurde beispielsweise in einer Ausgabe aus dem Sommer 1934 ein Nachruf auf den im KZ ermordeten Erich Mühsam, ein Bekennerbrief eines SA-Mannes zum Reichstagsbrand, der weithin als *Kruse-Brief* bekannt geworden ist, sowie eine detaillierte Liste grundsätzlicher konspirativer Verhaltensmaßregeln veröffentlicht. Diese Zeitungen wurden im gesamten Gebiet, die meisten naturgemäß aber in Mannheim und Ludwigshafen verteilt. Nach Offenbach gingen jeweils 60 bis 80 Exemplare, Frankfurt erhielt nur 5 Stück, was als Gradmesser für die jeweilige Gruppenstärke gewertet werden kann⁶⁸.

Dort, wo die FAUD personell stärker vertreten war, wie in Mannheim und Ludwigshafen, wurden auch Formen der Materialverteilung praktiziert, die über den engen Rahmen der eigenen Gruppe hinausreichten. So wurden hier illegale Schriften über Syndikalisten, die noch im Betrieb tätig waren, an deren Belegschaftskollegen weitergereicht, es wurden aber auch Flugblätter in Briefkästen gesteckt, an Postämtern abgelegt oder einfach irgendwohin verstreut. Einmal hatte man auch illegales Schriftmaterial lose auf dem Dach einer Straßenbahn deponiert, das, nachdem diese angefahren war, sich gewissermaßen von selbst in den Straßen der Stadt verteilte. Solche Aktionen waren natürlich mit einem enorm hohen Verhaftungsrisiko verbunden und wurden daher nur sporadisch durchgeführt⁶⁹.

Ihre größten Aktivitäten entfalteten die Syndikalisten also im Gebiet Südwestdeutschlands zweifellos während des Jahres 1934. Zu dieser Zeit hatte sich hier eine einheitliche illegale Organisationsstruktur fest installiert⁷⁰. In unregelmäßigen Abständen wurden meist im Odenwald zentrale konspirative Treffen durchgeführt, an denen allerdings aus Gründen der Absicherung nur jeweils ein kleiner Kreis der illegalen

⁶⁶ Hepp (wie Anm. 16). - Schild (wie Anm. 22). - Gültig (wie Anm. 16). - THEISSEN, WALTER, WILHELM (wie Anm. 10) S. 48. - FISCHER-DEFOY (wie Anm. 18) S. 86. - PINGEL-ROLLMANN (wie Anm. 22) S. 122.

⁶⁷ Hepp (wie Anm. 16). - KLAN, NELLES (wie Anm. 15) S. 172.

⁶⁸ Schild (wie Anm. 22). - Hepp (wie Anm. 16). - Gültig (wie Anm. 16). - FOITZIK (wie Anm. 2) S. 89. - „Das Fanal. Revolutionäre-sozialistische Monats-Blätter“, in Mannheim/Ludwigshafen nach Juli 1934 erschienene illegale Zeitung (Kopie im Besitz d. Verf.).

⁶⁹ Schild (wie Anm. 22).

⁷⁰ FOITZIK (wie Anm. 2) S. 89.

FAUD-Mitglieder, also nicht mehr als 5 bis 6 Personen, teilnahm. Bei diesen Zusammenkünften, zu denen in der Regel die Stützpunkte in Mannheim, Ludwigshafen, Offenbach und Frankfurt ihre Vertreter entsandten, wurden vornehmlich Fragen des Materialaustauschs, der Geldsammlung für die Familien verhafteter Gesinnungsfreunde sowie politische Grundsatzprobleme besprochen. Die unterschiedlichen Auffassungen hinsichtlich der Zusammenarbeit mit anderen politischen Gruppierungen konnten allerdings auch hier nicht gelöst werden. Während Fritz Lösch aus Ludwigshafen und die überwiegende Mehrheit der Offenbacher jedweden Kontakt mit anderen Widerstandsgruppen und vor allen Dingen mit den Kommunisten strikt ablehnten, unterhielten die Mannheimer gelegentliche Kontakte zur KPD über Eduard Bischoff, zu den Gebrüdern Roos von der SAP und zu Hans Heilig, Karl Mayer und Karl Werner von der SPD über Karl Schild. Über diese persönlichen Kontakte wurde auch das entsprechende illegale Schriftmaterial der betreffenden Gruppen bezogen, bzw. das eigene Material in geringer Menge dorthin zur Kenntnisnahme gegeben. In Offenbach verfügte Karl Gültig über vergleichbare Verbindungen zur KPD und wurde deswegen vom Auftrag entbunden, zur syndikalistischen Emigrantengruppe in die Niederlande zu reisen. Illegales FAUD-Material durfte er trotzdem weiter beziehen, verteilte aber auch parallel dazu an besonders vertrauenswürdige Leute kommunistische Schriftmaterialien, die er von Fritz Ebinger bezog. In Frankfurt wurde laut Georg Hepp zumindest das *Braunbuch* verteilt, das gleichfalls kommunistischer Herkunft war⁷¹.

Die programmatischen Zielvorstellungen, von denen sich die illegalen FAUD-Kader in ihren Aktivitäten leiten ließen, waren auf die revolutionäre Beseitigung der Nazidiktatur ausgerichtet und sahen für die Zukunft die Abschaffung der privatkapitalistischen Wirtschaftsform über die Verstaatlichung vor allem von Großindustrie und Großgrundbesitz und die Einführung der Bedarfswirtschaft sowie deren Organisierung nach syndikalistischen Prinzipien vor. Zum Zweck der Sicherung der einmal erfolgreichen Revolution war die Auflösung von Militär, Polizei, Gerichtswesen und der staatlichen Kirchenverbände geplant und wurde die allgemeine Volksbewaffnung propagiert. Die zukünftige gesellschaftliche Organisationsform sollte unter Verzicht auf Parteien, Parlament und Gewerkschaft *eine wirtschaftspolitische Einheitsorganisation sein, die ohne Rücksicht auf Wahlaussichten nur die Interessen des Proletariats, seinen kulturellen Aufstieg und die Ziele der sozialen Revolution verfolgt*⁷². Mit solchen Konzeptionen wurde zweifellos nahtlos an die entsprechenden Diskussionen während der Weimarer Republik angeknüpft, gemessen an den tatsächlichen Bedingungen und Möglichkeiten aber handelte es sich um reine Utopie.

Zwischen der Emigration und den illegalen Syndikalisten im Reich wurden diese theoretischen Diskussionen vor allem über den Weg des Schriftmaterials geführt. Zu diesem Zweck wurden die konspirativen Kurierverbindungen gleichzeitig insofern in umgekehrter Richtung genutzt, als so wichtige Informationen aus dem Reich, die nicht der gleichgeschalteten deutschen Presse zu entnehmen waren, hauptsächlich auch über den FAUD-Widerstand selbst, ins Ausland gelangten, wo sie ausgewertet, diskutiert und wiederum publizistisch umgesetzt wurden. Auf diese Weise konnte z. B. die von einer Gruppe sozialrevolutionärer Arbeiter in der Emigration herausgegebene *Direkte Aktion* Anfang 1934 die Verurteilung von zwei Syndikalisten in Darmstadt zu jeweils einem Jahr Gefängnis allein wegen des Verdachts der Mitgliedschaft in einer verbotenen Organisation publik machen⁷³.

⁷¹ Gültig (wie Anm. 16). - Schild (wie Anm. 22). - Hepp (wie Anm. 16). - Schild, Gültig (wie Anm. 31). - Gültig (wie Anm. 21).

⁷² Die Soziale Revolution (wie Anm. 62).

⁷³ *Direkte Aktion*. Herausgeber: Gruppe sozialrevolutionärer Arbeiter Jg. 2, 1934, No. 2, IISG Amsterdam.

Ende des Jahres 1934 gelang es der Gestapo infolge einer Denunziation, die nur durch die Verletzung der konspirativen Vorsichtsmaßnahmen seitens eines Syndikalisten ermöglicht wurde, über Darmstadt in die illegale Organisationsstruktur der FAUD im südwestdeutschen Raum einzubrechen. In kurzen Abständen erfolgten die Verhaftungen führender Syndikalisten in Darmstadt, Frankfurt, Offenbach, Mannheim und Ludwigshafen. Trotz grausamer Verhörmethoden der Gestapo belasteten die Verhafteten keinen weiteren ihrer in den Widerstand miteinbezogenen Gesinnungsfreunde. In einem ersten Prozeß, der im Mai 1935 vor dem Oberlandesgericht in Darmstadt gegen 9 Syndikalisten verhandelt wurde, wurden Strafen in Höhe von 2 Jahren verhängt. Gegen 7 weitere Syndikalisten wurde das Verfahren abgetrennt und Anklage vor dem Volksgerichtshof erhoben. Dieser Prozeß fand vom 26. bis zum 28. August 1936 nach zwanzigmonatiger Untersuchungshaft vor dem 2. Senat des Volksgerichtshofs in Darmstadt gegen Fritz Lösch, Karl Schild, Theo Müller, Georg Hepp, Eduard Bischoff, Anni Zerr und Helmuth Mößner statt. Es wurden Freiheitsstrafen in Höhe von 7 bis 2 Jahren Zuchthaus verhängt. Weil er als Kronzeuge ausgesagt hatte, wurde Helmuth Mößner freigesprochen. Viele der Verurteilten wurden nach Verbüßung ihrer Strafe in ein Konzentrationslager überstellt⁷⁴.

Durch die Verhaftungswelle Ende 1934/Anfang 1935 war die bis dahin reibungslos funktionierende Organisationsstruktur der illegalen FAUD in Südwestdeutschland zumindest südlich der Main-Linie zerschlagen. Kassel war von diesem Gestapo-Schlag nicht betroffen. Dennoch haben in Südhessen und in der Region um Mannheim und Ludwigshafen offensichtlich Reste der syndikalistischen Verbindungen existiert, die in jetzt wesentlich vermindertem Umfang trotzdem weitere Aktivitäten entfalteten. In Offenbach betätigte sich Karl Gültig weiterhin als Verteiler illegalen Materials an einen kleinen Interessentenkreis, das u. a. von den Kommunisten stammte; er war zwar gleichfalls in die große Verhaftungswelle mit hineingekommen, war aber bald wieder freigelassen worden, weil ihm nichts nachgewiesen werden konnte und ihn keiner seiner Freunde belastete⁷⁵. Die kleine syndikalistische Gruppe in Wiesbaden, die hier während der Illegalität gelegentlich auch Flugblätter verteilte, stand zumindest noch im Frühjahr 1936 in konspirativem Kontakt mit Düsseldorf⁷⁶.

Und auch die Frauen von Karl Schild und Eduard Bischoff erfuhren nach deren Verhaftung viele Jahre lang die materielle und ideelle Solidarität ihrer Gesinnungsgenossen, was darauf schließen läßt, daß die Unterstützungssammlungen für die Familien Verfolgter – ein Teilbereich bekanntlich des syndikalistischen Widerstandes – auch nach der Zerschlagung der logistischen Strukturen weiter funktionierten⁷⁷. Auch in Kassel wurden solche Solidaritätssammlungen durchgeführt, hier sogar noch bis zur Verhaftung des u. a. hierfür zuständigen Willi Mai im Jahre 1941, der nach einjähriger Untersuchungshaft gemeinsam mit 4 weiteren Syndikalisten wegen *Vorbereitung zum Hochverrat* verurteilt wurde. 1942 wurde gegen Willi Paul verhandelt, der mit Fred Schröder und Gustav Doster im spanischen Bürgerkrieg für die Republik gekämpft hatte, danach in Südfrankreich interniert wurde und von hier schließlich an die Gestapo ausgeliefert worden ist. Die Kasseler Syndikalisten wurden gleichfalls nach Verbüßung ihrer Haft weiter in einem Konzentrationslager inhaftiert. Willi Paul kam, wie u. a. übrigens Karl

⁷⁴ Hepp (wie Anm. 16). – Gültig (wie Anm. 16). – Schild (wie Anm. 22). – Georg Hepp: Brief an den Verf. v. 18. Feb. 1987. – Ders.: Brief an den Verf. v. 11. Okt. 1987.

⁷⁵ Gültig (wie Anm. 16).

⁷⁶ Dies belegt der Brief eines Düsseldorfer Syndikalisten v. April 1936, der per Kurier nach Wiesbaden gebracht wurde. Dieser Brief ist abgedruckt bei THEISSEN, WALTER, WILHELMS (wie Anm. 10) S. 104–107. – Leitern (wie Anm. 25).

⁷⁷ Schild (wie Anm. 22).

Im Namen des Deutschen Volkes

Lösch, E. u. a.

2. Senat

In der Strafsache gegen

- 1.) des Buchhändler Friedrich Lösch aus Datteln, Schenckstraße 27, geboren Dortmund am 7. Januar 1909, verheiratet, verurteilt,
- 2.) des Techniker Carl Schild aus Bielefeld, Ringstraße 2, geboren am 22. September 1910 in Bielefeld, verheiratet, verurteilt,
- 3.) des Schriftsetzer Edward Witt aus Himmeln 1, 4-4/N, geboren am 6. Januar 1901 in Bielefeld O/S., verheiratet, verurteilt,
- 4.) des Schlosser Theodor Witt aus Offenbach, Gensersidenstraße 145, geboren Dortmund am 21. Juli 1907, ledig, nicht verurteilt,
- 5.) des Drucksetzer Georg Witt aus Himmeln, Jakobstraße 20, geboren am 15. November 1904 in Frankfurt am Main, ledig, nicht verurteilt,
- 6.) die Anwesenheitsliste vom 2. u. 3. Oktober gehalten in Himmeln bei Witt (Hollweg), Chrysanthemumhaus 6 bei Albert de Jong, geboren am 25. Juli 1908 in Offenbach - Altrief, nicht verurteilt,
- 7.) des Maschinenbauingenieur, assist. Maschinenbauarbeiter Witt aus Götterstraße (Erich Wittmann), geboren am 26. Juni 1908 in Bielefeld, ledig, verurteilt, zusätzlich in dieser Sache in gerichtlicher Untersuchungshaft in Landesgerichtsgefängnis Bielefeld, Verhaftungsgrund in Strafsache wegen Vorbereitung zum Hochverrat

Nach der Volksgerichtshof, 2. Senat, in der öffentlichen Sitzung vom 28. August 1936 auf Grund der mündlichen Verhandlungen vom 26., 27. und 28. August 1936, an welchen teilgenommen haben die Richter:

Präsident



- 2 -

- Volksgerichtshof Wittmann als Vorsitzender,
 - Landgerichtsdirektor Wittmann,
 - Staatsanwalt Wittmann,
 - Staatsanwältin Wittmann,
 - Staatsanwältin Wittmann,
 - als Richter der Staatsanwaltschaft:
 - Erster Staatsanwalt Wittmann,
 - als Urwundensichter der Staatsanwaltschaft:
 - Justizsekretär Wittmann.
- für Recht erkannt:
- I. Die Angeklagten Lösch, Schild, Wittmann, Witt und Witt werden wegen Vorbereitung eines Hochverratlichen Unternehmens unter verschiedenen Umständen verurteilt:
 - Lösch zu einer Zuchthausstrafe von einem Jahre und sechs Monaten und zu 5 Jahren Ehrverlust,
 - Schild zu einer Zuchthausstrafe von vier Jahren und sechs Monaten und zu 5 Jahren Ehrverlust,
 - Witt zu einer Zuchthausstrafe von drei Jahren und sechs Monaten und zu 4 Jahren Ehrverlust,
 - Witt zu einer Zuchthausstrafe von sechs Jahren und zu 8 Jahren Ehrverlust.
 - II. Die Angeklagte Witt wird wegen Vorbereitung eines hochverratlichen Unternehmens zu einer Zuchthausstrafe von zwei Jahren und zu 2 Jahren Ehrverlust verurteilt.
 - III. Auf die ermittelten Strafen werden von der ermittelten Gehaltsbeziehung abgezogen:
 - Witt 10 Monate, Schild, Wittmann und Witt je 12 Monate, Witt 16 Monate und Witt 12 Monate.
 - IV. Bei den Angeklagten Lösch, Schild, Wittmann, Witt und Witt wird auf Vollstreckung zum Polizeiaufsicht erkannt.
 - V. Der Angeklagte Witt wird freigesprochen.
 - VI. Die gezeichneten Druckschriften werden eingezogen (Art. 1, Abs. 1, Z. 1).

Abb. 3: Aus dem Urteil des 2. Senats des Volksgerichtshofs gegen Lösch u. a. vom 28. Aug. 1936. Verkleinert.

Schild, zum Kriegseinsatz im Strafbataillon 999⁷⁸. Die Tatsache, daß sich Syndikalisten an mehreren Orten noch bis in die Kriegsjahre hinein die Treue hielten, darf aber keineswegs darüber hinwegtäuschen, daß die konspirativen Organisationsstrukturen der FAUD reichsweit seit etwa dem Frühjahr 1937 zerschlagen waren⁷⁹.

⁷⁸ KAMMLER, KRAUSE-VILMAR (wie Anm. 40) S. 350. - KAMMLER (wie Anm. 48) S. 374. - DERS.: Ich habe die Metzerei satt und laufe über ... Kasseler Soldaten zwischen Verweigerung und Widerstand (1939-1945). Eine Dokumentation. Mitarbeit: Marc POULAIN. Fuldabrück 1985 (Kasseler Quellen und Studien. Schriftenreihe des Magistrats der Stadt Kassel, Bd. 6), S. 168-176. - Irene HÜBNER: Unser Widerstand. Deutsche Frauen und Männer berichten über ihren Kampf gegen die Nazis. Frankfurt/M. 1982, S. 166-172.

⁷⁹ FORTZIK (wie Anm. 2) S. 89.